

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Drahtschiff: Tagesblatt wies. General Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Amtmanns Riesa und des Hauptpostamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1529
Stroßstraße Riesa Nr. 52

Nr. 51.

Freitag, 29. Februar 1924, abends.

77. Jahra.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für den Monat März 1924 2 Mark 50 Pf. einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 20 mm breite, 8 mm hohe Grunddruckzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restanzeige 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und besonderer Anordnung, Aufschlag. Keine Zeile "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Verlegers oder der Vertriebsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Abschaltung des Bezugspreises. Abnahme- und Verlags-Verträge sind bei uns zu schließen. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Dr. Stresemann über die außenpolitische Lage.

Deutscher Reichstag.

von Berlin, 28. Februar 1924.

Am Donnerstag: Reichstagskanzler Dr. Brüning, Außenminister Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Brüning, Präsident Eberth eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min.

Der Notetat (dritter Tag).

Die erste Lesung des Notetats, verbunden mit den Vorschlägen zur Aufhebung und Forderung der Notverordnung der Rentenversicherung, wird fortgesetzt.

Das Wort erhält sofort

Minister des Auswärtigen Dr. Stresemann.

Der Minister ging in seiner Rede zunächst kurz auf den Notetat ein, der das Auswärtige Amt ermächtigt, die Notstandsmaßnahmen in Konstantinopel sowie die Generalkonsulate in Smyrna und Tadmira zu versehen. Die Errichtung dieser Stellen ist ohne Personalvermehrung möglich. Außerdem soll die deutsche Gesandtschaft in Sabanna beibehalten werden.

In der deutschen Außenpolitik, so fuhr der Minister fort, stehen wir unter dem Eindruck der Arbeit der Sachverständigenkommissionen. General Dawes hat beim Abschluß des ersten Auslaufes bekräftigt, daß die Mitarbeit der deutschen Regierung in lokaler Weise gewährt werden ist. Über die Verhandlungen mit der Kommission wird ein Bericht erstattet werden, sobald der Bericht der Sachverständigen selbst vorliegt. So wenig erfreulich es ist, daß die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in einer internationalen Stellung unserer Lage führten, so sehr muß man den Mitgefühlen der Kommission für ihre mühselige Arbeit danken. Von dem Erfolg dieser Arbeit wird es abhängen, ob eine Lösung der Reparationsfrage möglich ist. Die baldige Lösung ist die erwünschteste. Deutschlands wirtschaftliche Lage erfordert sie. Die Sachverständigen dürften sich von der Ansicht der Behauptung eines betrügerischen Bankrotts Deutschlands überzeugen haben. Nach einem Hinweis auf die Notwendigkeit der engeren Bekämpfung aller Staatsausgaben erklärte der Minister zu den schwer auf Deutschland lastenden Belastungen: Alle Parteien der besetzten Gebiete waren sich darin einig, daß die Reichsregierung verpflichtet sei, sie vor der Egreßion der Besatzungsarmee durch die Abgaben zu bewahren, die im wesentlichen an die Kommunen der besetzten Gebiete gehen. Aber auch hier ist unsere Leistungsfähigkeit eng beschränkt. Für absehbare Zeit können wir aus eigener Kraft an Reparationsabteilungen nicht denken. Wir müssen vielmehr alle Kräfte zusammenschließen, um überhaupt unsere Währung zu halten, da das deutsche Volk ein zweites Abgleiten nicht ertragen könnte. Von dieser wirtschaftlichen Lage haben sich auch die Sachverständigen überzeugt. Wir können nicht ohne Entschleunigung, aber nach Berichtsberichten zeichnen sich schon heute einige Hauptfragen ab. Man scheint sich davon überzeugt zu haben, daß ein Wortatium für uns notwendig ist, ebenso aber daß während dieser Zeit eine internationale Anleihe, insbesondere für Frankreich einen Ersatz für die Ausfälle deutscher Zahlungen schaffen soll; eine internationale Anleihe, für die man Garantien im deutschen Reichsgebiet sucht, wird ausgiebig diskutiert im Zusammenhang mit zwei Fragen, die gleichzeitig als die wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen Anleihenvertrag gelten können: Die Verfügung Deutschlands über die Wirtschaft und die Steuerkräfte des Reiches sowie die Wiederherstellung der deutschen Verkehrswege.

Der „Tempo“ hat kürzlich gegen den Gedanken der Wiederherstellung der deutschen Reichseisenbahn die Anwendung gemacht, daß eine solche Wiederherstellung der Entwicklung in Deutschland widerspricht, die durch die neuen mit Wagnis getroffenen Abmachungen gekennzeichnet sei. Diese Einwendungen sind völlig unzutreffend. Die im Grunde befindlichen organisatorischen Maßnahmen auf dem Gebiete der Reichseisenbahnen verpflichten im Gegenteil eine wirtschaftliche Hochleistung im festen Rahmen des Gesamtunternehmens durch eine größere Selbstständigkeit der einzelnen Bezirke. Die Abtrennung der Rhein-Ruhrbahnen von der Reichsbahn hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, zu welchen katastrophalen wirtschaftlichen und finanziellen Folgen eine Verpillierung des deutschen Eisenbahnwesens führen muß. Die deutsche Regierung hofft, daß auch die zurzeit abgetrennten Teile der Reichsbahn baldigst mit dieser vereinigt werden. Wenn die französische Regierung bereit sein würde, für die Reglebahn die Regelung anzunehmen, die zwischen Bayern und dem Reich besteht, so würde Deutschland gern bereit sein, darüber zu verhandeln. Es ist aber wohl zu vermuten, daß sich die ausländische Presse in einer Lösung über die Natur dieser Regelung mit Bayern befindet. Die Wiederherstellung Deutschlands über die vollen wirtschaftlichen und Steuerkräfte des Reiches, die Wiederherstellung der Verkehrswege dürfte von allen Kennern des Wirtschaftslebens als Voraussetzung für das Bestehen einer internationalen Anleihe angesehen werden. Wenn es Frankreich um eine wirtschaftliche Lösung der Reparationsfrage zu tun ist, so würden ihm hier Möglichkeiten geboten sein, die es kaum auszuweiten könnte.

Die Frage einer etwaigen internationalen Anleihe steht aber gleichzeitig die Frage der internationalen Mitwirkung auf. Wie erscheint die Frage der internationalen Anleihe als untrennbar verbunden mit der Möglichkeit der Befreiung von Rhein und Ruhr in Bezug auf ihren angelegte vertragswidrige Renten. Gegenüber dieser Befreiung erscheint mir als weniger wichtig, daß das ausländische Kapital auch eine Verletzung im Nullifiziert

derjenigen Institutionen verlangt, für die es kein Kapital herabst. Eine solche Vertretung, soweit sie nicht majorisiert oder den deutschen Charakter der Verwaltung auslöst, kann nicht als Grund für die Ablehnung solcher Gedanken angesehen werden. Die Kreditwürdigkeit der Industrie und Landwirtschaft ist so stark, daß wir mit Kapitalmangel der Produktivität zu rechnen haben, wenn ihr nicht abgeholfen wird. Deshalb dürfen wir an ausländischem Kapital nicht vorbeistehen, wenn wir es erhalten können. Eine finanzielle Mitwirkung vom Ausland-Standpunkt aus erscheint mir besser als eine solche vom politischen Gesichtspunkt aus. Politische Gesichtspunkte könnten dahin zielen, Deutschland auf die Dauer niederzuhalten; wirtschaftliche Gesichtspunkte werden darin nie ein Hindernis für die europäische Wirtschaftsentwicklung sehen. Das fremde Kapital wird die Verknüpfungsmöglichkeit des geliebten Kapitals nur in wirtschaftlicher Ausweitung der deutschen Wirtschaft erblicken. In diesem Sinne kann eine wirtschaftliche Vertiefung des Auslandes an deutschen Unternehmungen direkt zur gemeinsamen Abwehr gegen eine etwaige Differenzierung Deutschlands im internationalen Wirtschaftskreislauf werden.

Eine schleunige Verständigung über die Frage ist notwendig, denn der 15. April, an dem die Renten-Verträge ablaufen, ist ein kritischer Termin. Das Deutsche Reich kann eine weitere Finanzierung dieser Verträge nicht leisten und wenn eine Verständigung nicht erfolgt, würde neue Gewerkschaften, Hunger und Chaos im besetzten Gebiet, wirtschaftlicher Niedergang, vielleicht eine wirtschaftliche Katastrophe die Folge sein. Die Rentenverträge bringen andererseits für Frankreich mit dem Auslösen der Einnahmen aus den Renten-Verträgen einen Einnahmehausenfall, dessen Wirkung auf die Währung nicht ausbleiben würde. Die Verhältnisse drängen zur Regelung der Reparationsfrage und zur Einlösung. Grundlage der Einlösung kann nicht die Schaffung einer deutschen Reparationskommission sein, sondern eine internationale Regelung. Weil diese Notwendigkeit heute stärker als früher in den einzelnen Ländern erkannt wird, deshalb sprach einer unserer bedeutendsten wirtschaftlichen Sachverständigen von dem Selbstverleugern am dritteren Portant. Die deutliche Kritik wird darin nur einen Rebellstreifen sehen und warnt vor Illusionen. Seitdem ich an der Spitze des Auswärtigen Amtes stehe, hat es von unserer Seite nicht an Versuchen geblieben, mit Frankreich zur Verständigung zu kommen. Wie können wir den Verhandlungen zustimmen, die in weiten Kreisen Frankreichs die Stimmung sich gegen früher geändert hat. Man empfindet aufeinander doch mehr als früher, daß Frankreich trotz aller politischen Differenzen in einer gewissen wirtschaftlichen Solidarität mit Deutschland steht. Wir können allerdings nicht durch eine ausschließlich deutsch-französische Verständigung einen Sonderfrieden mit Frankreich schließen, denn wir sind als Schuldner der vereinigten Gläubigerstaaten verpflichtet, wohl aber können wir es nur begründen, wenn letztere der Äußersten Mittel und Wege gesucht werden, um Frankreichs besonderen finanziellen Bedürfnissen bei der Regelung der Reparationsfrage gerecht zu werden. Damit, daß wir von unserer Seite aus den Verfall der Verträge als zerrissen erklären, kommt man in der Realpolitik nicht weiter. Frankreichs Entscheidung wird maßgebend sein für die weitere Entwicklung der europäischen Verhältnisse, die Entscheidung über die Frage, ob Frankreich Reparationen oder nur politische Macht und wirtschaftliche Ausbreitung will. Jeder vernünftige Mensch in Deutschland wird bereit sein, sich mit Frankreich zu verständigen, aber es dient nicht der Verständigung, wenn der französische Ministerpräsident unsere Reparationsleistungen leugnet. Unsere Leistungen haben 42 Milliarden Goldmark betragen. Frankreich hätte an Sachleistungen noch weit mehr von Deutschland beziehen können, wenn es nicht die Wünsche auf seine eigene Industrie höher gestellt hätte als die Ausnutzung seiner vertragsmäßigen Ansprüche gegen Deutschland. Deutschlands Produktivität kann nur erhöht werden durch eine ruhige politische Entwicklung, das Auslösen ewiger Bedrängnisse und durch eine Politik, die aus wirtschaftlicher Erholung gewährt.

Worin liegt Frankreichs Gegenstand gegen eine Verständigung auf der Basis, die uns vorliegt? Es scheint, als wenn in französischen Kreisen eine harte Herosidität gegenüber Deutschland herrscht. Man stellt die Frage der Sicherheiten in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran denke, Frankreich zu überfallen. Warum sind alle die Anregungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktates und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher ohne Antworten an uns erfolgt? Das man mit den Separatisten keine Politik zur Herrichtung Deutschlands machen kann, hat die Entwicklung der letzten Zeit genügend bewiesen. Man fürchtet in Frankreich die deutsche nationalpolitische Bewegung. Der Dittler-Prozess weckt die Erinnerung an die Fortschritte, die Frankreich erhoben hat wegen der Gefahr, die in dieser Bewegung liegt. Vor kurzem hat der „Tempo“ erst davon geschrieben, daß England und Frankreich Deutschland zur Demokratie bringen müßten. Müge man sich im Ausland doch darüber klar sein, daß keine Staatsform oder politische Entwicklung mehr geschädigt werden kann als dadurch, daß sie als im Interesse des Auslandes liegend hingestellt wird. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker hat auch eine gewisse Bedeutung erfahren durch den Vertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakischen Republik. Wenn man eine national-radikale Entwicklung in Deutschland fürchtet, so müge man sich in Frankreich doch daran erinnern, daß bisher alle Vorkämpfer in Deutschland, die eine Verständigung mit Frankreich erstreben haben, an der fran-

zösischen Politik gescheitert sind. Sonst hätten wir auch keine radikale Bewegung in Deutschland gehabt.

Der „Tempo“ rät dem deutschen Außenminister zur Mäßigung angesichts der Rede, die er wegen der Anleihe, weisung der Pfalznote gehalten habe. Es ist nicht richtig, zu sagen, daß das deutsche Volk durch die Zurückweisung der Note zur Verzweiflung getrieben sei. Diesen Satz habe ich auch niemals ausgesprochen. Wohl aber muß ich darauf hinweisen, daß die Politik des Generalis de Weh allerdings geeignet ist, das pfälzische Volk zur Verzweiflung zu bringen. Gegenüber der Kritik einer von mir gehaltenen Rede, worin ich bei einem geschäftlichen Rückblick auf die letzten fünfzig Jahre davon sprach, daß wir stets mit Stolz an unsere alte Armee und Flotte denken werden und worin ich mich dagegen wandte, daß man das deutsche Volk als unfähig zu folger Arbeit hinstellen wolle, muß ich betonen, daß aus der Erinnerung an die große Zeit unseres Vaterlandes und Volkes durch keinen Friedensvertrag genommen werden kann. Es ist töricht, derartige Anschauungen als Vorbereitung zur Revanche hinzustellen. Eine völlig solche psycho-logische Einstellung des Auslandes wäre es, wenn es glaubte, moralische Eroberungen in Deutschland dadurch zu machen, daß es das alte Deutschland in den Staub zieht. Eine ruhige konstitutionelle Entwicklung in Deutschland ist am besten gewährleistet durch eine Außenpolitik, die Deutschland leben läßt und nicht alle seine Anstrengungen zur Ergebnislosigkeit verdammt.

Wir begrüßen mit Genugtuung die Beteiligung der Vereinigten Staaten an dem Sachverständigen-Komitee und die jetzt erfolgte Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages. Dieser Vertrag wird zwar nicht allein unseren Wünschen gerecht, aber er ist auf dem Grund der Weisheitsbegünstigung aufzubauen. Im Auswärtigen Amt hat der Senat die weitgehende Weisheitsbegünstigung einstimmig beschlossen. Wir hoffen, daß der Vertrag trotz dem ratifiziert wird, und daß er die zukünftigen Beziehungen beider Länder auf eine feste und gesunde Grundlage stellt. Inzwischen ist auch durch ein deutsch-englisches Abkommen die Reparationsabgabe von 26 auf 5 Prozent herabgesetzt worden. Die Regierung wird die Ausfuhrindustrie für die Abgabe entschädigen, sobald sie dazu in der Lage ist. Alle Garantie aus der Zeit vom 17. November 1923 bis zum 30. Februar dieses Jahres werden mit Schatzanweisungen wie bisher eingelöst werden. Die deutsch-englischen Verhandlungen haben sich trotz ihrer Schwierigkeit in der freundschaftlichen Form abgeheilt. Mit den deutsch-polnischen Verhandlungen ist das leider nicht der Fall gewesen, und im polnischen Parlament sind sogar Anträge eingebracht worden, große deutsche Bevölkerungsteile auszuweisen und die Verhandlungen abzubrechen. (Hört! hört!) Die politische Verwaltungspraxis entspricht gleichfalls nicht den völkerrechtlichen Verpflichtungen Polens. Der englische Premierminister hat die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erörtert. Die Reichsregierung steht auf dem Boden der dem Völkerbund zu Grunde liegenden Idee der internationalen Solidarität. Diese ist aber in der gegenwärtigen Form des Völkerbundes nur unvollkommen verwirklicht. (Sehr richtig.) Trotzdem lehnt die deutsche Regierung den Eintritt nicht rundweg ab. Allerdings liegt gegenwärtig keine Einladung zum Eintritt vor. Sollte die Frage auf werden, so wird die Reichsregierung zu prüfen haben, ob die Behandlung Deutschlands als völkerechtiges Mitglied, inbesondere seine Aufnahme in den Völkerbundrat, gewährt leisten ist.

Der Minister schließt mit Worten des Dankes für die außerordentliche Hilfsbereitschaft des Auslandes gegenüber dem deutschen Volk. Er gedenkt in dieser Beziehung besonders der Tätigkeit des Papstes, Mittel- und Südamerika haben große Beträge aufgebracht, auch Cuba. Besonders hervorzuheben ist auch die Tätigkeit der amerikanischen Hilfsorganisationen. So besteht die Hoffnung, daß für künftige Zeiten das Zusammenleben der Völker auf der Grundlage gegenseitiger Achtung gewährleistet wird. (Sehr lebhaftes Beifall.)

Abg. Koch (Dem.) betont die Notwendigkeit, alle Kräfte des Volkes zusammenzuschließen, um der Gefahr einer neuen Inflation zu begegnen. Die Steuererleichterungen, welche von den Deutschnationalen gefordert werden, sind nicht dazu geeignet, die Währung zu stützen. Die deutschnationale Partei ist also nicht, wie sie behauptet, der Vater der Rentenmark, sondern der Rabenwatter. Die Ausführung der Verfallensabstimmung ist nicht einwandfrei. Wir treten für Bezahlung der Kriegsschulden ein, leben aber die Kriegsschuld ab. Aus dem Rheinland darf keine Reparationsprovinz gemacht werden. Eine große Gefahr liegt in der Forderung der Lebenshaltung durch die Kartellpolitik, dem unbedingt Einhalt getan werden muß. Der Achtundzestig war leider nicht zu halten, aber die einseitige Laktif der Arbeitgeber hat eine Tragweite gefügt, die wenn sie aufgehoben nicht zur Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern führen wird. Anstelle der Wirtschaftswunder wünscht eine Vermehrung und Vermögenswachstum. Der Redner weist Angriffe des Abg. Berg gegen den Reichspräsidenten zurück und betont dessen Verdienste um das deutsche Volk. Wir sind behrebt, das Parlament arbeitsfähiger zu machen und wünschen auch Reformen im Wahlrecht, insbesondere durch Verkleinerung der Wahlkreise. Als der Redner schließt, wird von der Tribüne ein Mann Hinabgerufen, den Saal und ruht: „Fürsten als Volkverbrecher! Juristen als Verführer des Volkes.“ Der Mann wird von den Deutern hinausgeführt.

Abg. Dr. Leicht (Bayer. L. D.) fordert eine Rück-